

Termine beachten: Aktualisierung der Fachkunde im Strahlenschutz 2005/2010 und Aktualisierung der Kenntnisse im Strahlenschutz 2005/2010

Für Zahnärzte

Nach § 18a Absatz 2 in Verbindung mit § 45 Absatz 6 Satz 3 Röntgenverordnung (RöV) sind Zahnärzte, die ihre Fachkunde erstmals bis zum 1. Juli 2005 aktualisieren mussten, verpflichtet, ihre Fachkunde innerhalb von fünf Jahren ab der letzten Aktualisierung, demnach bis spätestens 30. Juni 2010, erneut zu aktualisieren. Auch Zahnärzte, die ihre Fachkunde erstmals im Jahr 2005 (meist zusammen mit der Staatsexamensprüfung) erworben haben, müssen spätestens innerhalb von fünf Jahren ab Erwerb der Fachkunde, also 2010, die Fachkunde aktualisieren. Es gibt – wie bei früheren Aktualisierungsrunden – mehrere Wege zur Aktualisierung der Fachkunde:

1. Teilnahme an einem gesonderten mehrstündigen Aktualisierungskurs. Bitte beachten: Die Kurse müssen von der BLZK als zuständiger Stelle anerkannt sein.
2. Teilnahme an sonstigen Fortbildungskursen mit ausreichenden strahlenschutzrelevanten Inhalten. Die Kurse sind mit Hinweis: „unter besonderer Berücksichtigung der Aktualisierung der Fachkunde im Strahlenschutz konzipiert“ oder Ähnlichem ausgewiesen. Bitte beachten: Auch diese Kurse müssen von der BLZK als zuständiger Stelle anerkannt sein.

Neben der Europäischen Akademie für zahnärztliche Fort- und Weiterbildung der BLZK GmbH (eazf) bieten

beispielsweise auch Zahnärztliche Bezirksverbände Kurse an. Termine finden sich im BZB sowie in den regionalen Veröffentlichungen der Zahnärztlichen Bezirksverbände.

Für das zahnärztliche Personal

Nach § 18a Absatz 3 RöV sind Zahnärzthelferinnen beziehungsweise Zahnmedizinische Fachangestellte (ZFA/ZAH) sowie Hilfspersonal ohne abgeschlossene Ausbildung mit Kenntnissen im Strahlenschutz entsprechend der Regelung für Zahnärzte verpflichtet, die Kenntnisse mindestens alle fünf Jahre zu aktualisieren. Somit sind auch die im Jahr 2005 neu erworbenen Kenntnisse innerhalb von fünf Jahren ab Erwerb, also 2010, zu aktualisieren. Die Zahnärztlichen Bezirksverbände bieten hierfür Aktualisierungskurse an. Termine erfahren die bayerischen Zahnärzte auch beim Referat Praxisführung der BLZK.

Dr. Michael Rottner
Mitglied des Vorstands
Referent Praxisführung der BLZK

eazf-Ansprechpartner:

info@eazf.de, Telefon: 089 72480-192/-415

BLZK-Ansprechpartner im Referat Praxisführung:

praxisfuehrung@blzk.de, Telefon: 089 72480-174

Wichtige Änderungen des Arzneimittelgesetzes für Zahnärzte

Dr. Michael Rottner, Referent Praxisführung der BLZK, weist darauf hin, dass das Arzneimittelgesetz (AMG) in für Zahnärzte wichtigen Punkten geändert wurde (siehe Informationsblatt des Bayerischen Gesundheitsministeriums unter www.blzk.de/qm/downloads). Die wichtigsten Punkte (maßgeblich ist jedoch das Schreiben des Ministeriums!):

AMG auf Zahnärzte anwendbar: Zahnärzte fallen jetzt unter die arzneimittelrechtliche Aufsicht. Die zuständigen Behörden können Praxen zu den üblichen Geschäftszeiten nach § 64 Absatz 4 AMG betreten und Auskünfte verlangen. Betroffen sind nur Zahnärzte, die Arzneimittel herstellen oder Gewebe gewinnen beziehungsweise verarbeiten.

Gewinnung und Verarbeitung von Gewebe: Die Gewinnung und Verarbeitung von Gewebe nach § 20b und § 20c AMG bedürfen grundsätzlich einer arzneimittelrechtlichen Erlaubnis. Keine Erlaubnis benötigen allerdings nach § 20d AMG (etwa implantologisch tätige) Zahnärzte, die Gewebe entnehmen, um das Gewebe oder die Gewebe-

zubereitung persönlich bei ihren Patienten anzuwenden. Für Arzneimittel, die zur klinischen Prüfung bestimmt sind, ist aber dennoch eine Erlaubnis erforderlich.

Herstellung von Arzneimitteln: Grundsätzlich bedarf die Herstellung von Arzneimitteln einer Erlaubnis. Keine Erlaubnis benötigen Zahnärzte, soweit die Arzneimittel unter ihrer unmittelbaren fachlichen Verantwortung zum Zweck der persönlichen Anwendung bei einem bestimmten Patienten hergestellt werden (§ 13 Absatz 2b AMG). Bei Arzneimitteln für neuartige Therapien und bestimmten xenogenen Arzneimitteln und solchen, die zur klinischen Prüfung bestimmt sind, besteht trotzdem Erlaubnispflicht. Die Herstellung von Arzneimitteln war der zuständigen Bezirksregierung bis spätestens 1. Februar 2010 anzuzeigen. Gegebenenfalls sollte dies schnellstmöglich nachgeholt werden.

Rechtsanwalt Florian P. Schrems
Leiter Geschäftsbereich Recht und Praxis der BLZK

Weitere Infos unter www.blzk.de/qm/downloads